

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik

Herausforderungen und Perspektiven*

Peter Zeman

Was heißt zukunftsorientierte Seniorenpolitik?

1. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik und demografischer Wandel

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sei zukunftsorientierte Seniorenpolitik sei ein Gebot der Stunde, so können wir hören. In Wahrheit ist Seniorenpolitik allzu oft ein vernachlässigtes Politikfeld. Häufig fehlt es an Leitbildern, Konzepten - und natürlich erst recht an finanziellen Mitteln für die Umsetzung.

Die Medien, die Politik, die Wissenschaft – Alle sprechen davon, dass wir einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel erleben. Allerdings nicht nur demografisch. Politische, wirtschaftliche, ökologische, soziale Entwicklungen und das Altern der Bevölkerung greifen kompliziert ineinander. Aber gerade der demografische Wandel gibt Anlass zu Zukunftsszenarien, die durch viele Befürchtungen geprägt sind. Ich will dies hier nur sehr knapp skizzieren.

Befürchtungen vor dem Hintergrund der demografischen Alterung gibt es auf der gesellschaftlichen Ebene und individuell, auf das eigene Älterwerden und Alter bezogen. Auf der gesellschaftlichen Ebene geht es dabei vor allem um die Verschiebung der Anteile zwischen jungen Menschen, Erwerbstätigen im mittleren Alter und alten Menschen. Bereits im Jahr 2003 standen 92 jüngeren und älteren Personen nur noch 100 Erwerbstätige im Alter von 20-64 Jahren als Einzahler in die öffentlichen Versorgungssysteme gegenüber.

Es geht aber nicht nur um finanzielle Transfers und den so genannten Generationenvertrag , sondern auch um viele Dienste, Hilfeleistungen und Unterstützungsformen zwischen den Ge-

* Zukunftskonferenz Thüringen „Gesund, aktiv und selbstbestimmt! In Würde alt werden in Thüringen“, SPD-Landtagsfraktion, Erfurt, 20.11.2008

nerationen - sowohl im beruflichen wie im privaten und im zivilgesellschaftlichen Bereich. Die zurückgehende Zahl der Jüngeren macht sich überall bemerkbar. Und mit den Veränderungen der Familienstrukturen schrumpft tendenziell auch hier das intergenerative Unterstützungspotenzial.

Viele Zukunftsängste sind auch mit der steigenden Anzahl hochaltriger Menschen verbunden. Wird das System der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung quantitativ und qualitativ den im vierten Lebensalter dramatisch ansteigenden Gesundheitsproblemen und dem Ausmaß der Pflegebedürftigkeit gewachsen sein? Und wie kann es finanziert werden?

Ähnlich bedrohlich ist der Bevölkerungsrückgang, der – zusammen mit Wanderungsbewegungen – in einigen Regionen und Kommunen zur allmählichen Entvölkerung führt. Dem folgen Einbrüche der Infrastruktur, Lücken in der Daseinsvorsorge, z.B. der ärztlichen Versorgung, aber auch der sozialen und kulturellen Angebote. Lebensqualität ist bedroht, aber es fehlt an finanziellen Mitteln, sie zu sichern. Auch hier geht es jedoch nicht nur um mehr Geld, sondern auch um den gezielteren Einsatz der Mittel. Die bessere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements etwa und eine bessere Vernetzung der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort kosten relativ wenig und können viel bewirken.

2

Für die Individuen bedeutet die verlängerte Lebenserwartung zunächst einmal einen Gewinn an Lebenszeit. Das ist allerdings ein zweischneidiges Schwert, wenn es mit Verlusten an Lebensqualität einhergeht. Ob und wie sehr die gewonnenen Jahre aber mit Verlusten an Lebensqualität erkaufte werden müssen, ist nicht zuletzt eine Frage der Verfügbarkeit altersgerechten Wohnraums, der Erreichbarkeit von Hilfen, Versorgungs- und Unterstützungsangeboten sowie der Altersfreundlichkeit des sozialräumlichen Umfelds. Und all das insbesondere dann, wenn im hohen Alter steigende Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ein selbstständiges Leben im vertrauten Umfeld zunehmend in Frage stellen.

Es geht aber auch darum, wie die Menschen ihr Alter aktiv und sinnvoll gestalten können. Um ein wichtiges Beispiel zu nehmen: Wie lässt sich Erfahrungswissen zum eigenen Nutzen und zum Nutzen anderer einsetzen? Und wie kann es auch im Alter noch weiter entwickelt werden? Stichwort: Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen.

2. Die Differenzierung des Alters erfordert eine differenzierte Seniorenpolitik

Wir wissen, „Alter“ hat höchst unterschiedliche Bedeutung, je nach dem ob es sich z.B. um junge Alte oder hochaltrige Menschen handelt, um kranke oder gesunde, um mobile oder in

ihrer Mobilität Eingeschränkte, um Menschen mit hohem oder niedrigerem Bildungshintergrund, um einkommensstarke oder einkommensschwache Gruppen. Entsprechend unterschiedlich sind nicht nur die Probleme und Bedürfnisse sondern auch die Ressourcen und Potenziale, über welche die Menschen verfügen. Es geht also keineswegs nur um die Unterscheidung zwischen fitten jungen Alten und gebrechlichen alten Alten – wie es manchmal verkürzt dargestellt wird

3. Merkmale einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik – und dies ist meines Erachtens ihr *erstes* grundlegendes Merkmal – muss auf die Vielfalt des Alters konzeptionell reagieren. Das heißt nicht nur, die jungen Alten stärker ins Auge zu fassen, sondern generell ein differenziertes Altersbild zu Grunde zu legen. Dies gilt bis ins höchste Lebensalter. Letzlich geht es um die individuelle Einzigartigkeit der Menschen, die mit dem Alter ja eher zunimmt. Dennoch richtet sich Seniorenpolitik nicht am konkreten Einzelfall aus, sondern zielt auf Strukturen und die Steuerung von Prozessen.

Nicht einzelne Angebote stehen im Fokus, dies ist ein *zweites* Merkmal, sondern *Angebotsstrukturen*, Rahmenbedingungen und Impulse für Angebote – speziell solche, die der Förderung von Alterskompetenzen und der Vermeidung und Kompensation von Altersgefährdungen dienen. Angebote dieser Art liegen nicht nur im individuellen Interesse, sondern zugleich im Gesamtinteresse der alternden Gesellschaft. Rahmenbedingungen müssen einerseits verlässlich und tragfähig sein, dürfen jedoch andererseits nicht zu eng oder starr sein. Sie müssen genügend Spielraum bieten, um in ihrer konkreten Ausgestaltung – als Maßnahme, Leistung, Angebot - den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden zu können.

Um die richtigen Impulse zu setzen und bedarfsgerechte Strukturen zu schaffen, ist es wichtig, die Älteren selbst in seniorenpolitische Konzeptionsentwicklungen einzubeziehen und ihnen Raum für Mitverantwortung und Mitgestaltung zu geben. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik – dies halte ich für ein *drittes* Merkmal - muss die Weichen so stellen, dass die Potenziale der Älteren gesellschaftlich besser genutzt werden können.

Viertes Merkmal: Seniorenpolitik muss die Potenziale der Älteren nicht nur erkennen, sondern diese Erkenntnis auch in der Gesellschaft verbreiten und versuchen, Barrieren auszuräumen, die dem im Weg stehen – etwa die Dominanz negativer Altersbilder und der sog. Defizitorientierung. Die seniorenpolitische Aufgabe besteht hier in einer Verbesserung der sog.

„Alterskultur“. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen: Welcher Wert wird dem Alter als Lebensphase und dem Älterwerden als Prozess im Lebenslauf zuerkannt? Sind wir – mit Blick auf das eigene Leben, aber auch im Umgang mit älteren Menschen - beherrscht von Altersängsten und ist uns der Blick durch negative Altersbilder eingefärbt? Oder können wir dem Älterwerden auch gute Seiten abgewinnen und lassen sich mit dem Leben im Alter auch positive Erfahrungen und Erwartungen verbinden. Und vor allem: Welche Bedeutung messen wir der Aufgabe zu, die Lebensqualität im Alter für uns selbst und für andere zu sichern und erhöhen? Wenn es gelingt, den gesellschaftlichen Diskurs über solche Fragen voranzubringen, hat dies auch positive Rückwirkungen auf die seniorenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten selbst – z.B. wenn es darum geht, den Einsatz finanzieller Mittel demokratisch zu legitimieren.

Den wichtigsten Beitrag zur Verbesserung der gesellschaftlichen Alterskultur können die Älteren selbst leisten. Seniorenpolitik hat jedoch die Aufgabe, die vorhandenen Beiträge der Älteren zum sozialen Zusammenhalt und zum Gemeinwohl besser sichtbar zu machen. Dies ist *auch* eine Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Aber vor allem auch der Förderung eines mitverantwortlichen Alters. Öffentlichkeitsarbeit muss auf gute Beispiele verweisen können, aber es geht auch darum, dass noch mehr gute Beispiele entstehen können und nachhaltig gesichert werden. Dies bedeutet intensive Engagementförderung. Es geht aber nicht nur um Beispiele bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch darum, die vielen informellen Beiträge Älterer zur Wohlfahrt der Gesellschaft besser sichtbar zu machen und sie darin zu unterstützen.

Ein *fünftes* Merkmal schließt sich hier unmittelbar an: Zukunftsorientierte Seniorenpolitik ist von der Erkenntnis getragen, dass nicht nur *für* die Älteren etwas getan werden muss, sondern auch *mit* ihnen und mehr noch – dass die Älteren selbst für den Erhalt der Lebensqualität in einer alternden Gesellschaft dringend gebraucht werden. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik macht sich die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Älteren zur zentralen Aufgabe, weil sie einen doppelten Nutzen hat: Für die beteiligten Älteren selbst wie für die Gesellschaft. Dies berührt nicht nur Fragen der Förderpolitik, sondern auch der Partizipation.

4. Breite des Politikfeldes und Querschnittsorientierung

Alle genannten Merkmale weisen darauf hin, dass wir es mit einem sehr breiten Politikfeld zu tun haben, welches einer grundsätzlichen Querschnittsorientierung bedarf. Seniorenpolitik ist

breiter aufgestellt als traditionelle Alterssozialpolitik, als eine reine Altenhilfepolitik und Pflegepolitik.

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik verweigert sich den sozialen Problemen alter Menschen, wie sie im Sozialgesetzbuch definiert werden, keineswegs. Aber sie geht weit über den Gestaltungsbereich des SGB XII hinaus und weist viele Bezüge zu Fachpolitiken auch jenseits des Sozialwesens auf. Hiermit ist eine ressortübergreifende Querschnittsorientierung angelegt - so schwierig sie umzusetzen ist. Der seniorenpolitische Kernbereich entsteht zweifellos in der Verknüpfung von pflegepolitischen, sozialpolitischen und engagementpolitischen Fragestellungen. In ein umfassenderes Gestaltungskonzept sind jedoch weitere fachpolitische Felder einzufügen: Gesundheitspolitik, Wohnungspolitik, Verkehrspolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Familienpolitik, Integrationspolitik, Verbraucherschutzpolitik... und (abhängig von der Politikebene auf der wir uns bewegen) - natürlich auch Renten- und Beschäftigungspolitik. In allen diesen Politikfeldern spielt die Alterung der Bevölkerung eine große Rolle und umgekehrt ist jedes dieser Felder bei der Gestaltung des demografischen Wandels systematisch zu berücksichtigen.

5. Zukunftsorientierung - Prozessorientierung

Ein weiteres grundlegendes Prinzip zukunftsorientierter Seniorenpolitik ist ihre Prozessorientierung – sonst könnte man ja auch schwerlich von Zukunftsorientierung sprechen. Zukünftige Entwicklungen müssen im Blick sein und es muss versucht werden, sie positiv zu beeinflussen. Auch ist zu berücksichtigen, dass sich die Probleme wie die Potenziale der älteren Menschen in doppelter Weise verändern. Einerseits im individuellen Altersverlauf, wenn auf das sogenannte dritte Alter voller Möglichkeiten das vierte folgt, in dem die gesundheitlichen Beeinträchtigungen dann deutlich zunehmen. Prävention ist daher eine zentrale seniorenpolitische Strategie. Veränderungen gibt es jedoch andererseits auch von Altersgeneration zu Altersgeneration. Hier ist die Entwicklung bislang ja sehr positiv. Die gesundheitliche Situation hat sich stetig verbessert, das Bildungsniveau hat zugenommen, das Alterseinkommen ist – zumindest im Durchschnitt – gestiegen. Dies kann sich ändern, und – um nur das wichtigste Beispiel zu nehmen - eine neue Altersarmut könnte nicht nur auf relativ kleine benachteiligte Gruppen beschränkt bleiben, sondern einen weit größeren Teil der älteren Bevölkerung betreffen. Wenn sich aber eine der Rahmenbedingungen ändert, geraten auch die anderen aus der Balance – Seniorenpolitik hat sich dann erneut zu justieren.

Politische Steuerung – Partizipation - Netzwerkbildung

Das Beispiel der Seniorenpolitik zeigt besonders deutlich: Politische Steuerung wird schwieriger. Gerade in einem so unübersichtlichen, querschnittsorientierten und in ständiger Entwicklung begriffenen Bereich bedarf es daher klarer Orientierungen, umfassender Konzepte, übergreifender konsensgetragener Leitbilder und daraus abgeleiteter Ziele und Maßnahmen. Viele unterschiedliche Interessen müssen zusammengeführt, und so moderiert werden, dass sie sich weder wechselseitig blockieren noch unvermittelt nebeneinander herlaufen – was gesellschaftliche Ressourcen verschleudert -, sondern in der Summe zu positiven Entwicklungen mit einem übergeordneten Nutzen führen. Dieser Nutzen liegt - ganz allgemein ausgedrückt - in der Sicherung und Steigerung der Lebensqualität im Alter, ohne das dies die Lasten für die Jüngeren über Gebühr erhöht. Weder der Staat noch die Wirtschaft und auch nicht die Zivilgesellschaft können diese schwierige Aufgabe allein lösen – zusammen schon. Ihre Zusammenarbeit ist unverzichtbar.

Damit gewinnt Partizipation systematisch an Bedeutung. Auch in der Seniorenpolitik gibt es Tendenzen, sich stärker am Ideal der Bürgergesellschaft zu orientieren, einer Gesellschaft, in der die Bürger nicht nur ihre Rechte beanspruchen, sondern auch bereit sind, Pflichten zu übernehmen. Senioren anzuregen und zu befähigen, sich als aktive Bürger zu engagieren, gelingt aber nur, wenn sie politisch ernst genommen werden. Die Bereitschaft zu politischer Beteiligung und zur Beteiligung im Rahmen des darüber hinausgehenden bürgerschaftlichen Engagements ist hoch. Allerdings weicht sie der Frustration, wenn dies nicht ausreichend anerkannt wird. Ältere Bürger wollen nicht zu Ausfallbürgern eines sich zurückziehenden Sozialstaats werden. Viele wollen auch nicht mehr fremdbestimmt für Freiwilligenarbeit und Ehrenamt „eingesetzt“, gar dienstverpflichtet werden. Als engagierten und aktiven Bürgern geht es ihnen darum, mitzugestalten, Mitverantwortung zu übernehmen und – in diesem Rahmen - dann auch mitbestimmen zu können. Diesem Engagement Möglichkeiten zu eröffnen, Rahmenbedingungen seiner Förderung zu schaffen, sie nachhaltig auszubauen und strukturell zu sichern ist eine weitere zentrale seniorenpolitische Aufgabe.

Politik und öffentliche Verwaltung sind heute weitgehend darauf beschränkt, Ziele zu formulieren, Weichen zu stellen, Rahmenbedingungen zu schaffen, Anregungen zu geben, Anreize zu setzen und unterschiedliche Interessen zu moderieren. Dies gilt auch für den seniorenpolitischen Bereich. Dazu muss jedoch die Mitwirkung und die Beratung von Akteuren eingeholt werden, die näher an den Problemen und Entwicklungen dran sind als Politik und Verwal-

tung. Gremien im vorparlamentarischen Raum, wie z.B. Seniorenvertretungen und Seniorenbeiräte spielen hier eine wichtige Rolle. Allerdings nur dann, wenn sie nicht ausschließlich durch persönliche Betroffenheit oder Verbandsinteressen legitimiert sind, sondern qualifiziert eine Vielfalt von Anliegen älterer Menschen erfassen und sachgerecht vertreten können. Um wirkungsvoll handeln zu können, brauchen sie darüber hinaus Grundkenntnisse der Regeln und Verfahrensweisen, nach denen politische Entscheidungsfindung und Verwaltungshandeln ablaufen. Seniorenpolitik muss gegebenenfalls Weiterbildung ermöglichen, um die älteren Bürger für eine wirkungsvolle Partizipation zu qualifizieren. Ohnedies ist Weiterbildung eine zentrale Form der Anerkennung für bürgerschaftlich engagierte ältere Menschen.

Durch den kooperativen Einbezug eines breiten Spektrums von Akteuren, die für das Politikfeld „Alter“ relevant sind, kann sich die seniorenpolitische Gestaltbarkeit deutlich verbessern. Die Strategie, um die es hier dann in der Praxis geht, heißt Vernetzung. Mitunter bringt Vernetzung auch Reibungsverluste mit sich, und sie erfordert immer spezifische Anstrengungen. Dennoch erscheint die seniorenpolitisch moderierte Vernetzung unterschiedlichster Akteure aus Politik, Verwaltung, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Selbstorganisationen der Älteren heute zunehmend unverzichtbar.

7

Einige zentrale seniorenpolitische Herausforderungen

Auf einen kurzen Nenner gebracht hat Seniorenpolitik die Aufgabe, Versorgungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten für die ältere Bevölkerung vorausschauend bereitzustellen und soziale Ungleichheit abzumildern. Geschlechtsspezifische Altersproblematiken aufgrund von Chancenungleichheit zwischen Frauen und Männern sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie spezifische Altersrisiken bestimmter Gruppen mit Migrationshintergrund. Von besonderer Bedeutung ist auch die altersgerechte und dennoch generationenfreundliche Gestaltung des sozialräumlichen Umfelds, in dem die Menschen ihr Alter verbringen. Damit ist z.B. die außerordentlich wichtige Frage des Wohnens im Alter angeschnitten. Nicht nur das selbstständige Wohnen in der eigenen Wohnung ist zu sichern. Neben der Verbesserung des betreuten Wohnens und der stationären Versorgung, sollte auch die Entwicklung neuer alternativer Wohnformen gefördert werden.

Aus jedem der Bereiche, welche die Lebenslagen in der zweiten Lebenshälfte prägen, erwachsen seniorenpolitische Herausforderungen. Um sie zu erkennen, muss Seniorenpolitik auf Befunde einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung zurückgreifen können.

Ich möchte Ihnen – in der gebotenen Kürze – Forschungsergebnisse aus fünf Bereichen skizzieren, in denen sich der demografische Wandel bereits deutlich bemerkbar macht.

1. Erwerbsbeteiligung und Übergang in den Ruhestand

Der Deutsche Alterssurvey zeigt, dass die verschiedenen Rentenreformmaßnahmen und die öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit eines längeren Erwerbslebens bei den Betroffenen zu einer markanten Abkehr von der Perspektive des frühen Ruhestands beigetragen haben. Andererseits gibt es noch keine klaren Erwartungen darüber, bis zu welchem Alter man persönlich weiter erwerbstätig sein wird. Diese wachsende Ungewissheit hat nicht nur die Erwerbstätigen mittleren Alters erfasst, sondern auch rentennähere Altersgruppen.

Faktisch aber scheiden immer noch die meisten Menschen bereits vor dem Beginn der Altersrente aus dem Erwerbsleben aus. Sehr viele durch Entlassung in die Arbeitslosigkeit, und häufig mit entsprechenden Folgen für ihre aktuelle materielle Lage und später dann für ihr Alterseinkommen. Es gibt unter den älteren Arbeitslosen, den Vorruheständlern und den neuen Ruheständlern aber auch viele Menschen, deren Probleme psycho-sozialer Art sind, beispielsweise weil ihnen der soziale Hintergrund der Berufsarbeit, die Anregungen und Herausforderungen, die als sinnvoll erlebte und soziale anerkannte Berufsrolle fehlen. Hier liegt ein großes Engagementpotenzial, das seniorenpolitisch aufgegriffen werden muss. Und natürlich sind diese jungen Alten eine große Zielgruppe für Gesundheits-, Sport-, Freizeit- und Bildungsangebote.

2. Materielle Lage in der zweiten Lebenshälfte

Einkommensuntersuchungen zeigen gegenwärtig eine im Durchschnitt hohe Kaufkraft der Älteren, denen dadurch eine erhebliche Marktmacht zugeschrieben wird. Allerdings sind Einkommen und Vermögen unter den Älteren sehr ungleich verteilt. Problematische Einkommensentwicklungen und Altersarmut schränken die Gestaltungsspielräume für ein aktives und produktives Leben im Alter erheblich ein. Seniorenpolitik hat darauf zu reagieren. Nicht nur durch Versuche, das Alterseinkommen zu heben – dies ist die Schnittfläche zur Renten und Beschäftigungspolitik - sondern auch durch Gewährung finanzieller Erleichterungen, die einkommensschwachen Älteren den Zugang zu den Angeboten der sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge ermöglichen. Im Bereich der Engagementförderung werden vor allem für diese Gruppe Aufwandsentschädigungen und gegebenenfalls auch geringfügige Nebenverdienste gebraucht. Ansonsten setzt sich soziale Ungleichheit bis ins Engagement fort. Die Bereit-

schaft und Fähigkeit zum Engagement darf nicht daran scheitern, dass man es sich nicht leisten kann.

3. Gesundheit und gesundheitliche Versorgung

Alter kann nicht mit Krankheit gleichgesetzt werden. Typisch für den Alternsprozess ist vor allem ein Nachlassen körperlicher Funktionen wie Sehen, Hören und Bewegungsfähigkeit. Nicht selten verschlechtern sich auch einzelne Gedächtnisleistungen. Dennoch nehmen mit steigendem Alter chronische Erkrankungen und Mehrfacherkrankungen zu. Eine große Herausforderung für die Seniorenpolitik liegt darin, bessere Möglichkeiten der Prävention zu schaffen und die Menschen dazu zu bewegen, bestehende Präventionspotenziale besser zu nutzen: Krankheiten vorzubeugen, ihr Fortschreiten zu verhindern und Folgeschäden zu vermeiden. Da Erkrankungen mit dem Alter zunehmen, oftmals nicht mehr heilbar sind und zu dauerhaften Einschränkungen von Körperfunktionen führen können, ist nicht nur eine ausreichende ärztliche Versorgung wichtig. Besonders wichtig sind auch Heilhilfsbehandlungen wie Massagen, Krankengymnastik oder Rehabilitationsmaßnahmen – die für Ältere besser zugänglich gemacht werden müssen, die aber oft auch zu wenig genutzt werden.

Mit der Hochaltrigkeit der Gesellschaft wachsen Unterstützungsbedarf und Pflegebedürftigkeit. Beides ändert sich in der Größenordnung, aber auch in den Profilen: Demenz, chronische Erkrankungen, Multimorbidität und Funktionseinschränkungen nehmen weiter zu. Eine wichtige seniorenpolitische Aufgabe besteht darin, eine gute Pflegequalität zu sichern und – durch schwerpunktmäßige Entwicklung der Ambulanten Pflege – das Leben in der vertrauten eigenen Wohnung auch bei schwerer Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen. Dazu müssen allerdings die Pflegeberufe gesellschaftlich aufgewertet werden. Qualifizierung, Unterstützung, Anerkennung und Anreize brauchen aber auch die lebensweltlichen Helfer – Angehörige wie Ehrenamtliche. Nur so kann dieses unverzichtbare Pflegepotenzial erhalten und vor Überforderung geschützt werden. Unterstützung muss überdies möglichst früh ansetzen. Bereits bevor Pflegebedürftigkeit eintritt, kann durch haushaltsnahe Hilfsdienste ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Selbstständigkeit geleistet werden. Der Bedarf dafür ist sehr groß.

4. Veränderungen der Familien und Haushaltsstrukturen

Der überwiegende Teil der 40- bis 85-Jährigen hat Kinder, lebt mit einem Ehe- bzw. Lebenspartner zusammen, hat Enkelkinder und viele haben sogar Urenkel. Im Vergleich der Altersgruppen spiegeln sich allerdings die abnehmenden Geburtenraten der letzten Jahrzehnte wi-

der. Die durchschnittliche Kinderzahl sinkt und die familialen Netzwerke künftiger Generationen werden kleiner sein als heute. Allein dadurch nimmt die Zahl der möglichen Helfer bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter ab. Entsprechend wichtig wird die seniorenpolitische Aufgabe, dieses Helferpotenzial zu unterstützen und den Ausbau der ehrenamtlichen und beruflichen Hilfen voranzutreiben.

Auch bei der Frage, wie viele Personen in einem Haushalt zusammenleben, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Je älter, desto kleiner der Haushalt. Zunächst leben noch Kinder im Haushalt, dann lebt das (typischerweise noch immer) verheiratete ältere Paar im sogenannten ‚empty nest‘, und bei den Ältesten verkleinert sich der Haushalt vielfach durch den Tod eines Ehepartners. Überdies gibt es seit längerem eine deutliche Zunahme der Einpersonenhaushalte. Aus diesem allgemeinen gesellschaftlichen Trend zur Individualisierung kann jedoch im Alter eine Art der Vereinzelung werden, die zu Einsamkeit und – gerade bei einem sich verschlechternden Gesundheitszustand und beeinträchtigter Mobilität – in soziale Isolation führen kann. Hier sind seniorenpolitische Maßnahmen gefordert, die sich darauf richten, die offene Altenarbeit attraktiver zu machen, und z.B. durch ehrenamtliche Besuchsdienste Kommunikation und Teilhabe so gut wie möglich zu sichern. Auch alternative Wohnformen und eine bessere Zugänglichkeit des sozialräumlichen Umfelds sowie die (präventive) Anregung und Unterstützung sozialer Netzwerke haben sich hier bewährt und sind seniorenpolitisch zu fördern.

5. Sozial-geographische Alterung: Alternde Kommunen und Regionen

Der Wandel der Altersstruktur verläuft, wie wir wissen, regional insgesamt sehr unterschiedlich, denn er verbindet sich mit Wanderungsbewegungen. Sie selbst wissen besser als ich, in welcher Weise auch Regionen und Kommunen in Thüringen davon betroffen sind.

Zwischen der Altersstruktur einer Region und ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage gibt es starke Wechselwirkungen. Denn die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage trägt entscheidend dazu bei, ob sich jüngere Menschen in der Phase der Familiengründung ansiedeln, oder ob sie wegziehen. Negative Wechselwirkungen zwischen Alters- und Wirtschaftsstruktur können zu einer Abwärtsspirale führen, die einen Abbau von Infrastruktur nach sich zieht, die gerade von Älteren, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, dringend gebraucht würde. Die Sicherung der Versorgungsqualität in strukturschwachen Regionen und Kommunen wird damit zu

einer besonderen Herausforderung des demografischen Wandels und zu einer weiteren zentralen seniorenpolitischen Aufgabe.

Kurze Schlussbemerkung: Zusammenspiel der föderalen Politikebenen

Seniorenpolitik findet auf allen Ebenen des föderalen Politiksystems statt: auf der Ebene des Bundes (Bundesaltenplan), der Länder (Landesaltenpläne) und der Kommunen (kommunale Altenpläne). Um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Seniorenpolitik zu verbessern, ist eine Querschnittsorientierung auch für das konzeptionelle Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen gefordert. Die Länder spielen dabei generell eine wichtige Rolle als Mittler zwischen Bund und Kommunen. Sie können Ideen von beiden Ebenen aufgreifen und weitergeben. Gleichzeitig verfolgen sie eine eigenständige Seniorenpolitik, die sich in entsprechenden Leitbildern, Schwerpunktsetzungen und Förderstrukturen ausdrückt.

Am konkretesten zeigen sich die Herausforderungen des demografischen Wandels in den Kommunen. Voraussichtlich wird daher die Bedeutung der kommunalen Seniorenpolitik zukünftig stark zunehmen. Landespolitik steht hier jedoch in der Mitverantwortung. Durch landespolitische Steuerungsimpulse und strukturbildenden Maßnahmen müssen häufig erst die Grundlagen für eine moderne – über den kommunalen Zuständigkeitsbereich der Altenhilfe hinausreichende - kommunale Seniorenpolitik geschaffen werden. Gebraucht werden Rahmenpläne und Leitlinien, fachliche Informationen und Qualifikationsangebote, Foren des Austauschs, interkommunale und landesweite seniorenpolitische Netzwerke. Viele kreisfreie Städte und Landkreise sind auf die Unterstützung des Landes angewiesen, um neue seniorenpolitischen Projekte und Programme entwickeln und Förderstrukturen mit nachhaltiger Wirksamkeit aufbauen zu können. In seiner Mittlerrolle kann das Land den Kommunen und Landkreisen überdies Zugang zu Programmen und Fördergeldern des Bundes und der europäischen Ebene verschaffen.